

Von der 47. Linzer Konferenz der ITH

Ist *eine* Welt möglich?

Jürgen Hofmann

„Ist *eine* Welt möglich“, wollten die Organisatoren der Linzer Konferenz wissen, die vom 29. September bis zum 1. Oktober 2011 tagte. Über 70 Teilnehmer hatten ihr Interesse für das Thema bekundet, hinter dem sich laut Untertitel die Frage nach „Praktiken von ‚Internationaler Solidarität‘ und ‚Internationaler Entwicklung‘“ verbarg. Die großen Entscheidungsfragen alternativer internationaler Entwicklung waren auf der Konferenz jedoch eher implizit präsent. In den vorgetragenen Fallbeispielen ging es vor allem um Entwicklungshilfe.

Diese Konstellation ist mit einem konzeptionellen Problem verbunden. Zwischen Solidarität und Entwicklungshilfe liegen oft Welten. Internationale Solidarität ist nicht a priori Entwicklungshilfe, und Entwicklungshilfe hat vielfach mit Solidarität nichts gemein. Die Ebenen sozialer und politischer Initiativen und Bewegungen vermengen sich auf diesen Feldern zwar hin und wieder mit denen staatlicher Strukturen, führen aber auch ein Eigenleben und stehen nicht selten im Gegensatz zueinander. Es verwunderte nicht, dass *Berthold Unfried* (Wien) aus Sicht der Vorbereitungsgruppe vor allem Fragen formulierte. Die Antwort auf den Wandel des Solidaritätsbegriffs blieb die Konferenz schuldig. Das für die Arbeiterbewegungsgeschichte evidente Thema wäre eine gesonderte Konferenz wert, die ohne historische Längsschnittanalysen und hinreichend Fallbeispiele nicht auskommt. Große historische Bögen wurden in Linz jedoch eher selten geschlagen. Markante Beispiele politischer Solidaritätsaktionen, wie die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg in den 1930er- oder die Hilfe für chilenische Emigranten nach dem Putsch in den 1970er-Jahren wurden zwar am Rande erwähnt bzw. thematisch gestreift, waren aber kein Gegenstand eingehender Erörterung. Konzept und Programm sahen das auch nicht vor. Die Kopplung der Themen Solidarität und Entwicklungshilfe lenkte den Fokus zwangsläufig auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In den meisten Beiträgen dominierten der politikwissenschaftliche Zugriff und die Fallbeispiele der jüngeren und jüngsten Geschichte. Dass die Begriffe Entwicklung und Solidarität ein außerordentlich breites semantisches Feld umfassen, deren Umset-

zung in einer bipolaren bzw. hierarchischen Weltordnung auf zahlreiche Schwierigkeiten stößt, machte *Reinhard Kößler* (Freiburg im Breisgau) am zweiten Konferenztag deutlich. Die Vorstellung einer globalen Verallgemeinerung hegemonialer Lebensformen trifft auf Tendenzen regionaler und nationalstaatlicher Abgrenzung und Konkurrenz.

Vijad Prashad (Hartford/Connecticut/USA) diagnostizierte in seinem Eröffnungsbeitrag die „Leiden der internationalen Solidarität“. Seit der Initiative Willy Brandts für einen Entwicklungsausgleich zwischen dem reichen globalen Norden und dem armen globalen Süden hätten sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse grundlegend verändert. Die gegenwärtigen, von Neoliberalismus geprägten Bedingungen stünden der ursprünglichen Zielstellung entgegen. Neue Vermögens- und Finanzregime begünstigten die *crème de la crème* des Nordens. Internationale Solidarität könne sich nicht entfalten, solange Minimallöhne nationale Egoisten fördern.

Die seit mehreren Jahren übliche Öffentliche Podiumsdiskussion im Wissensturm der Stadt Linz – diesmal mit *Michael Bohnet* (Bonn), *Karin Fischer*, *Franz Nuscheler* und *Sepp Wall-Strasser* (alle Linz) – rankte sich um Idee und Praxis internationaler Solidarität. Dabei wurde Entwicklungspolitik einprägsam und treffend charakterisiert. Sie sei „von Interesse geleitet und mit Moral garniert“. Auch Zweifel, ob Solidarität und Hilfe sich gegenüber Bewegungen und Politikern rechtfertigen ließen, die nach ihrem Erfolg zu repressiven oder korrupten Regimes mutieren, wurden laut. Spätestens an dieser Stelle war sichtbar, dass die Bewertung von Solidarität nur aus dem historischen Kontext erfolgen kann. Ewige Maßstäbe sind dabei wenig produktiv.

Die Konferenz selbst suchte das weitgespannte Tagungsthema in vier Gruppen zu ordnen. Im Panel 1 ging es um „Konzepte, Leitbilder und Praktiken von Solidarität und Entwicklung“, im Panel 2 um „Arbeiterbewegungen als gouvernementale Akteure“, im Panel 3 um „Arbeiterbewegung als gesellschaftliche Akteure“ und im Panel 4 um „Soziale Bewegungen: Solidaritätsbewegungen, Solidaritätsbrigadisten und Befreiungsbewegungen“.

Susan Zimmermann (Budapest) verwies u. a. auf die Vereinnahmung grenzüberschreitender humanitärer Interventionen für Machtpolitik und auf den Zusammenhang von globaler Ungleichheit und vorgeblich „humanitärer Intervention“. Die grenzüberschreitenden Interventionen folgten eher den Mustern ungleicher kapitalistischer Entwicklung als der „Zivilisierung“ zwischenstaatlicher Beziehungen oder der Förderung von innerstaatlicher Demokratisierung. Die Systemkonkurrenz im Kalten Krieg

konnte aber auch zur Fundierung eigener Vorstellungen genutzt werden, wie *David C. Engerman* (Waltham/Massachusetts/USA) am Beispiel Indiens in der Zeit von 1947 bis 1965 zeigte. Die Angebote der ausländischen Experten wurden vor allem für die eigene Positionierung in der inneren Auseinandersetzung um Planungs- und Entwicklungsmodelle in Indien benutzt. *Babcar Fall* (Dakar), *François Blum* (Paris) und *Annie Watson* (London) analysierten Erfahrungen und Beispiele von Entwicklungshilfe bzw. Solidaritätsaktionen westeuropäischer Gewerkschaften mit Gewerkschaften in Afrika. Fall schilderte die Einflussnahme der französischen CGT im frankophonen Schwarzafrika zwischen 1920 und 1950 und ihren Beitrag zur politischen Schulung von Gewerkschaftsführern. Dabei konnte er u. a. auf Dokumente aus den Kolonialarchiven zurückgreifen. Blum konzentrierte sich auf die Aktivitäten der christlichen Gewerkschaften CFTD/CFTC beim Aufbau und bei der Schulung afrikanischer Gewerkschaften und ihrer Funktionäre nach der Erlangung der Unabhängigkeit in den 1960er-Jahren. Auch er stützte sich auf Material aus Archiven in Frankreich und im Kongo. Watson schilderte die Erfahrungen der britischen Gewerkschaftsbewegung bei der Unterstützung von Schwesterorganisationen im Süden Afrikas. Die Gewerkschaftssolidarität sei ökonomistisch und weniger politisch ausgerichtet gewesen.

Interessante Einblicke in die Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Aufbau sozialdemokratischer Parteien in Portugal und Spanien gewährte *Antonio Muñoz Sánchez* (Bonn). Dabei ging es um die Stärkung moderater sozialistischer Parteien, um dem – nach dem Sturz der Diktaturen gewachsenen – Einfluss der kommunistischen Parteien zu begegnen. Die lokalen Sozialisten gaben den Vertretern der Ebert-Stiftung freie Hand zur Implementierung verständlicher Programme, beim Aufbau der Organisationen, der Parteibüros und bei der Schulung der Mitglieder.

Den Einfluss der verschiedenen Akteure der dritten Welt auf die Solidaritätsbewegung in Europa thematisierte *Kim Christiaens* (Leuven/Belgien) am belgischen Beispiel zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren. Dafür zog er die Mobilisierung für die Solidarität mit Vietnam, Chile und Nicaragua heran. Die Vorstellung, diese Solidaritätsbewegungen seien allein spontane Phänomene gewesen, bedürfe der Korrektur.

Einen breiten Raum nahmen Vergleiche zwischen Solidarität und Entwicklungshilfe Ost und West und in diesem Zusammenhang die DDR-Solidarität ein. *Sara Lorenzini* (Trento/Italien) bemühte sich, Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit der Solidarität und der Handelspolitik der DDR in Afrika aufzuzeigen. Sie wählte dafür die Zeitspanne von den späten 1950ern- bis zu den 1970er-Jahren und die Fallbeispiele Mali,

Guinea, Ghana, Sansibar, Nigeria, Somalia und Äthiopien. Dass Führung und Experten vor Ort mit zahlreichen unvorgesehenen Schwierigkeiten konfrontiert waren, dürfte keine Spezifik von DDR-Entwicklungshilfe gewesen sein. Ihr Schaufensterpolitik und Propagandaabsichten zu unterstellen, greift ebenfalls zu kurz. *Bertold Unfried* (Wien) dagegen interessierten bei seinem Vergleich zwischen DDR und BRD mehr die Transfers auf der Ebene des entsandten Personals sowie die damit verbundenen Probleme. Die Unterschiede, so sein Fazit, seien geringer als auf den ersten Blick anzunehmen. *Hubertus Büschel* (Gießen) rückte Ansätze und Praxis einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ vonseiten beider deutscher Staaten in Afrika zwischen 1960 und 1975 in den Fokus. Auch er kam zu dem Schluss, dass trotz aller Systemunterschiede und ungeachtet der Systemkonkurrenz die Entwicklungskonzepte der Bundesrepublik und der DDR erstaunliche Ähnlichkeiten aufwiesen. Die FDJ-Brigaden der Freundschaft, auf der Konferenz mehrfach als Peace Corps des Ostens apostrophiert, waren Gegenstand des Beitrags von *Ulrich van der Heyden* (Berlin). Im Jahr 1963 gegründet, waren bis 1989 insgesamt 22 Freundschaftsbrigaden in 16 Ländern im Einsatz, wo sie meist über mehrere Jahre aktiv waren. Vor allem in den 1960er-Jahren – als die internationale Anerkennung ihres Staates noch durch die Hallstein-Doktrin blockiert wurde – sollten sie auch als „Diplomaten im Blauhemd“ die DDR repräsentieren. Das blaue Hemd war die Organisationsbekleidung der DDR-Jugendorganisation. Leider ist die Entwicklungshilfe durch die FDJ-Freundschaftsbrigaden immer noch ein wenig bearbeitetes Thema in der gut subventionierten DDR- und SED-Forschung der Bundesrepublik. Die ehemaligen Brigadisten sehen ihren Beitrag zu Solidarität und Entwicklungshilfe nach der Herstellung der staatlichen Einheit ungenügend gewürdigt.

Zum Schluss bot *Fritz Keller* (Wien) als Zeitzeuge einen spannenden Einblick in die Solidaritätsbewegung für den Befreiungskampf Algeriens von 1954 bis 1962. Dabei wurde um viele Fragen gestritten. Kann die Linke der industrialisierten Länder überhaupt mit muslimisch geprägten nationalistischen Bewegungen kooperieren? Was verstehen die Führer solcher Bewegungen unter Sozialismus? Wie ist der Terrorismus in einem asymmetrischen Krieg zu bewerten? Wie kann die Spirale von Gewalt und Gegengewalt gestoppt werden? Kann aus dem Sieg der Befreiungsbewegung ein demokratisches System hervorgehen? Keller konnte aus eigener Anschauung und aus dem Material seiner 2010 erschienen Publikation „Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand 1958 bis 1963“ schöpfen.

Die Beiträge der Linzer Konferenz werden – wie üblich – in den Konferenzsprachen (Deutsch und Englisch) nach einem Jahr im Protokollband vorliegen. Die Abstracts können bis dahin auf der Internetseite der ITH eingesehen werden. Das Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung gibt mit dem Abdruck ausgewählter Übersetzungen einen Vorgeschmack.

Nicht unerwähnt bleiben darf *Tanja Pentler* (Bochum, z. Zt. Vertretungsprofessur in Hamburg), die für ihr Buch „Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953“ (Klartext Verlag Essen 2010) den René-Kuczynski-Preis 2011 erhielt. Dieser Preis wird seit 2004 in Kooperation mit der ITH für herausragende Forschungen und Publikationen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte während der Eröffnungsveranstaltung der Linzer Konferenz verliehen. Er geht auf eine Stiftung der Familie Kuczynski und das Jahr 1978 zurück. Das prämierte Buch fußt auf der Habilitationsschrift, die Pentler 2008 verteidigte. Die Untersuchung verknüpft die bisher zumeist getrennt behandelten Felder der Stalinismus- und der Besatzungsforschung durch einen erfahrungsgeschichtlichen Ansatz. Als wichtigstes Steinkohlenrevier der Sowjetunion spielte das in der Ostukraine gelegene Donezbecken sowohl für die Industrialisierung der 1930er-Jahre, für die Ausbeutungspolitik der deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkrieges als auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Sowjetstaates nach Kriegsende eine zentrale Rolle. Für die Bevölkerung der Region verband sich dies mit spezifischen Zwangsarbeits-, Gewalt- und Terrorerfahrungen sowie mit Erinnerungen an Hunger, Entbehrungen und punktuellen Wohlstand. Pentler forderte in ihrem Dankeswort dazu auf, das „Verständnis von typischen Kriegsbiografien der Sowjetbürger grundlegend [zu] überdenken“. Sie seien „sehr viel dynamischer“ gewesen als bisher von Historikern wahrgenommen.

Die Generalversammlung der ITH-Mitgliedsinstitute bestätigte Berthold Unfried im Amt des Präsidenten. Eva Himmelstoss wird weiterhin als Generalsekretärin das Büro in Wien führen und Winfried R. Garscha als Schatzmeister die Finanzen hüten. Den Amtsinhabern stehen ein Kuratorium und ein internationaler wissenschaftlicher Beirat zur Seite. Die nächste Linzer Konferenz im September 2012 wird sich dem Anteil der Arbeiterbewegung an der sozialen und kulturellen Entwicklung widmen. Informationen zur ITH und ihren Konferenzen sind unter www.ith.or.at abrufbar.